

Allgemeine Berichte

- Aktualisierung gemäß Vortrag im HA am 14.11.2022 -

1. Stand Stellenbesetzungsverfahren (vgl. Liste)

Folgende Stellen wurden aktuell neu besetzt bzw. es wurden Bewerber*innen ausgewählt:

- Sachbearbeitung in der Bauverwaltung - Parkraumbewirtschaftung, Baumschutz
- Sachbearbeitung in der VHS (OPA)
- Klimaschutzmanagement im Fachdienst IV.5

Aktuell laufen Stellenbesetzungsverfahren für die folgenden Funktionen/Arbeitsplätze:

- Projektleitung/-stelle „Ioki“
- Drei Stellen im IT-Support und in der Schul-IT
- Bauhof: Straßenunterhaltung (1. Wiederholung)
- Bauhof: Tischlerei
- Sachbearbeitung „Widerspruchsverfahren in der Bauverwaltung“
- Standesbeamtin/Standesbeamter
- Sachbearbeitung „Liegenschaften/Erbpachten“ im Fachdienst I.1
- Fachdienstleitung „Umwelt und Klimaschutz“ (Dauerausschreibung)
- Diverse Stellen im „Straßen- und Tiefbau“ (Dauerausschreibungen)

Folgende Ausschreibungen sollen möglichst zeitnah veröffentlicht werden:

- Straßen- und Tiefbau: Überarbeitung der Ausschreibungen inkl. Fachkräftezulage
- Wiederholung „Digitalisierungsmanagement“ unter Anpassung der Voraussetzungen
- neue Stelle „Juristin/Jurist“

Für die freien Stellen im Fachdienst IV.3/Straßenbau wird kurzfristig eine „Sammel-ausschreibung“ veröffentlicht. Hiermit sollen grundsätzlich Bauingenieurinnen und -ingenieure zu Initiativbewerbungen animiert werden.

2. Organisation

2.1 „Quick-Check“

Mit der Unterstützung von *dataport.kommunal* soll im Rahmen eines „Quick-Checks“ geprüft werden, ob im Fachdienst II.5/Bürgerservice Optimierungspotenzial bei den Prozessen besteht, was kurzfristig und ohne hohen Aufwand genutzt werden könnte.

2.2 Interne Regelungen

Aktuell werden die Voraussetzungen für die Einführung des „Zentralen Forderungsmanagement“ final geklärt. Dies erfolgt in enger Abstimmung zwischen dem Fachdienst I.4/Stadtkasse, dem RPA und der Organisation.

3. Sonstiges

3.1 Einigungsstelle

Im Zusammenhang mit einer *Eingruppierung als „Sonstige Beschäftigte“* konnte zwischen Dienststelle und Personalvertretung bisher keine Einigung erzielt werden, deshalb wird eine Einigungsstelle gemäß MBG gebildet.

Die von Dienststelle und Personalvertretung bestellten Mitglieder der Einigungsstelle haben sich darauf verständigt, dass eine Arbeitsrichterin oder ein Arbeitsrichter den Vorsitz übernehmen soll. Diesbezüglich wurde das Arbeitsgericht in Lübeck kontaktiert.

3.2 Prüfungen

Über Prüfungsangelegenheiten im Zusammenhang mit den LRH-Prüfungen „Personalmanagement“ und der „Überörtlichen Prüfung 2017“ wurde separat berichtet (siehe entsprechende Stellungnahmen der Verwaltung).